

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.02	Ordentliche Gerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.02.05	Amtsgericht Bremerhaven

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 3.717 T€ um 126 T€ auf 3.591 T€ und der Anschlag bei den Personalausgaben von 4.200 T€ um 68 T€ auf 4.132 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 3.682 T€ um 486 T€ auf 4.168 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0133	Amtsgericht Bremerhaven
Titel:	0133/112 02-2	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 3.070.090 € um 126.420 € auf 2.943.670 € reduziert.

Titel:	0133/422 01-3	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 2.190.540 € um 68.220 € auf 2.122.320 € reduziert.

Titel:	0133/532 21-8	Entschädigung für Sachverständige
--------	---------------	-----------------------------------

Der Anschlag wird von 1.270.880 € um 485.830 € auf 1.756.710 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU